

Fakten zum Schweizer Geld für Länder im Osten der EU.

Wem nützt die „Kohäsionsmilliarde“?

Die europapolitischen Diskussionen drehen sich seit Monaten um eine weitere „Kohäsionsmilliarde“ der Schweiz. Work sagt, worum es geht.

Die Schweiz ist nicht Mitglied der Europäischen Union. Aber sie leistet seit Jahren autonom Beiträge an die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den osteuropäischen EU-Ländern. Dieser „Erweiterungsbeitrag“ wird auch „Kohäsionsmilliarde“ oder „Ostmilliarde“ genannt. Jetzt will der Bundesrat einen neuen Erweiterungsbeitrag. Ein paar Fakten zur Diskussion.

Wie kam es zur ersten „Kohäsionsmilliarde“?

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Europa erweiterte sich die EU nach Osten. Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern und Malta traten alle 2004 der EU bei, es folgten 2007 Bulgarien und Rumänien und 2013 Kroatien. Man nennt sie auch die EU-13-Länder. Damit nahm das wirtschaftliche und soziale Gefälle innerhalb der europäischen Union weiter zu. Um dieses zu verringern, betreibt die EU ihre sogenannte Kohäsionspolitik (Kohäsion in diesem Sinne bedeutet „innerer Zusammenhalt“). Dafür gibt sie via verschiedene Fonds rund einen Drittel ihres Budgets aus.

Die drei grössten Fonds sind der „Kohäsionsfonds“, der „Europäische Fonds für regionale Entwicklung“ und der „Europäische Sozialfonds“. Die Schweiz leistet daran keinen Beitrag. Aber sie vergrössert die für diese Ausgleichs- und Förderungspolitik zur Verfügung stehenden Mittel mit einem „Erweiterungsbeitrag“. Das Volk stimmte diesem Vorgehen im November 2006 zu.

Wie funktioniert dieses Erweiterungsprogramm?

Die Schweiz beteiligt sich weder an der Kohäsionspolitik der EU, noch zahlt sie Gelder an die EU. Aus dem „Erweiterungsbeitrag“ (oder, weniger technisch, der „Ostmilliarde“) finanziert die Schweiz autonom in den neuen EU-Mitgliedsländern konkrete Projekte. Diese werden mit jedem Land bilateral vereinbart, der Finanzierungsentscheid liegt bei der Schweiz, und die Partnerländer müssen mindestens 15 Prozent der Projektkosten selber finanzieren. Die Projekte werden von der Schweiz auch mit eigenen Büros vor Ort eng kontrolliert und begleitet. Die Schweiz bezahlt auch nicht „einfach“ Gelder aus, sondern nur gegen zertifizierte Ausgabebelege und Fortschrittsberichte.

Warum macht die Schweiz das - und was bringt es ihr?

Die Schweiz nimmt als Nichtmitglied der EU und als Nichtmitglied des EWR auf Grund der bilateralen Verträge am europäischen Binnenmarkt teil und profitiert davon. Sie hat ein grosses Interesse daran, dass die EU funktioniert. Das Engagement der Schweiz ist diplomatischer Ausdruck von Solidarität mit der EU-Kohäsionspolitik gegenüber den EU-13-Ländern. Gleichzeitig profitieren Schweizer Firmen.

Zwischen 2010 und 2015 haben kleine und mittlere Schweizer Unternehmen mindestens 580 Aufträge im Wert von mindestens zwei Milliarden aus EU-finanzierten Projekten in den EU-13-Ländern erhalten. Das zeigt eine unvollständige Umfrage. Unvollständig deshalb, weil Schweizer Firmen dem Bund gegenüber keine Meldepflicht für entsprechende Aufgaben haben. Die tatsächlichen Zahlen dürften noch höher sein. Zusätzlich gibt es auch direkte Rückflüsse aus dem Erweiterungsbeitrag in der Höhe von rund 10 Prozent der ausbezahlten Summe, dazu kommen 28 Patente aus Forschungspartnerschaften.

Warum will der Bundesrat jetzt einen Erweiterungsbeitrag?

Als neuen Schwerpunkt hat der Bundesrat die Berufsbildung definiert. Dafür will er in den EU-13-Ländern 1,1 Milliarden einsetzen. Neu sollen 200 Millionen Franken auch an alte EU-Länder gehen, die „von Migrationsbewegungen besonders stark betroffen sind“. Die Gelder sollen über zehn Jahre hinweg eingesetzt werden.

Wer sind die Gegnerinnen und Gegner des Erweiterungsbeitrages?

Seit eh und je dagegen waren die Abschotter von der SVP. Das Volk ist der Volkspartei aber in dieser Frage nie gefolgt. Gegen die rasche Auslösung der neuen „Kohäsionsmilliarde“ sträuben sich jetzt auch Bürgerliche, die glauben, mit diesem Pfund gegenüber der EU noch weiter wuchern zu können in der Auseinandersetzung um den bilateralen Weg.

Warum gibt es jetzt auch Kritik von links?

In den vergangenen Jahren sind in zahlreichen EU-13-Ländern korrupte rechtsextreme bis offen faschistische Parteien an die Macht gekommen. Sie pfeifen auf die Menschenrechte und die europäischen Werte. Dass diese Regierungen für ihre menschenfeindliche Politik, insbesondere auch gegenüber Migrantinnen und Migranten, belohnt werden sollen, geht etlichen Linken gegen den Strich.

Was sagt der SGB zur neuen Ostmilliarde?

In seiner Vernehmlassungsantwort stellt sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hinter den

neuen Erweiterungsbeitrag: „Die Einstellung der Zusammenarbeit oder eine übermässige Kürzung würde die Falschen treffen, nämlich die sozial Schwachen“. Die Erfahrungen mit den Projekten aus der ersten „Kohäsionsmilliarde“ bewertet der SGB insgesamt als positiv. Der Gewerkschaftsbund fordert allerdings vom Bund, den veränderten politischen Konstellationen in gewissen Ländern Rechnung zu tragen. Er schreibt: „Die Projekte sollen vermehrt die Zivilgesellschaft und die Sozialpartner stärken und auf keinen Fall den Autoritarismus.“

Ob und wie schnell der neue Erweiterungsbeitrag freigegeben wird, entscheidet sich nach der Behandlung in den zuständigen Kommissionen und im Parlament und hängt nicht zuletzt von den weiteren Entwicklungen um den EU-Rahmenvertrag ab.

Clemens Studer.

Work, 1.2.2019.

Personen > Studer Clemens. Osthilfe. Work, 2019-02-01